

## NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung

vom:	11.06.2001
von:	15.30 Uhr
bis:	17.30 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung:

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz - als Vorsitzender -  
AM Bialowons-Sting, Eva-Marie  
AM Dittrich, Karl-Heinz  
Stv Eberlein, Klaus-Peter - für Stv Schwarz-Schumann, Helga  
Stv Gelber, Gunther  
Stv Gerlach, Heinrich  
Stv Gierlich, Michael  
AM Kessler, Irene  
AM Löwenberg, Horst - ab 15.45 Uhr -  
Stv Mues, Steffen  
Stv Sonntag, Hartmut  
AM Vetter, Eckhard - für Stv Schneider, Manfred -  
Stv Zips, Joachim

II. Beratendes Mitglied:

Stv Walter, Klaus-Volker - für Stv Nauck, Gerda -

III. Als Zuhörer:

AM Semper, Manfred

IV. Vom Personalrat:

VA Fronius  
VA Vogt

V. Von der Verwaltung:

BM Stötzel  
Städt. VD Lehmann  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori  
VA Bernshausen

StAR Schneider  
StOAR Wagner - bis TOP 7 -  
VA Ehring  
StOI Kreutz - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Schneider, Manfred  
Stv Schwarz-Schumann, Helga

## A      ÖFFENTLICHE SITZUNG

1.      **Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (FDP)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Walter bestimmt.

5. AfPOF 11.06.2001

2.      **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.02.2001**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

5. AfPOF 11.06.2001

3.      **Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

5. AfPOF 11.06.2001

4.      **Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

5. AfPOF 11.06.2001

6.      **Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung - Gender-Mainstream-Aspekte  
Praxisbeispiele zur Mädchenförderung - intern und extern**

Vorlagenr. 1209/01 - Vorlage vom 31.05.2001



Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. AfPOF 11.06.2001

7.      **Technikunterstützte Informationsverarbeitung bei der Stadtverwaltung Siegen;  
Sachstandsbericht**

Vorlagenr. 1200/01 - Vorlage vom 11.06.2001

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. AfPOF 11.06.2001

8. **Neuorganisation der Stadtverwaltung Siegen;  
Zweiter Sachstandsbericht zur Weiterentwicklung des Neuen Steuerungsmodells**

Vorlagenr. 1196/01 - Vorlage vom 29.05.2001

Herr Löwenberg beklagt, dass den Fachbereichen nicht mehr Autonomie bei der Personalverwaltung eingeräumt werde. Eine zentrale Personalverwaltung durch den Fachbereich 2, wie sie gegenwärtig praktiziert werde, sei nicht mehr zeitgemäß.

Herr Eberlein erkennt in der Angelegenheit keinen Fortschritt, da zwischen dem ers-ten Sachstandsbericht und der nunmehr präsentierten Vorlage keine wesentlichen Unterschiede zu verzeichnen seien.

Weiterhin bemängelt er, dass die Erstellung eines Stellenbedarfsplanes nicht als zentrale Aufgabe des Fachbereiches 2 formuliert sei.

Herr Lehmann entgegnet, im Rahmen der Stellenplangespräche würden die Stellenbedarfe eingehend diskutiert. Eine dezentrale Personalverwaltung sei grundsätzlich zwar positiv zu bewerten, angesichts des Umstandes, dass die Stadt Siegen Haushaltssicherungskommune sei und auch im Personalbereich Einsparungen erzielen müsse, jedoch nicht praktikabel.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. AfPOF 11.06.2001

9. **Kündigung der Vereinbarung mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (jetzt ver.di) - Kreisverwaltung Siegen-Olpe - über den Schutz der Beschäftigten der Stadt Siegen bei der Einführung neuer Steuerungsmodelle sowie bei Struktur- bzw. Rationalisierungsmaßnahmen**

Vorlagenr. 1198/01 - Vorlage vom 16.05.2001

Die SPD-Fraktion stimme der Kündigung nicht zu, so Herr Eberlein. Die Vereinbarung eröffne ein breites Maßnahmenpektrum, wie Beschäftigtenbeteiligung, Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Qualifizierung, auf das offensichtlich verzichtet werden solle. Die Behauptung, durch die Vereinbarung werde die Handlungsfähigkeit der Verwaltung beeinträchtigt, sei nicht nachvollziehbar. Vielmehr wirke die Kündigung demotivierend auf die Beschäftigten.

Auch Herr Löwenberg lehnt die Kündigung ab. Sie sei eine taktisch falsche, wenig intelligente und arbeitnehmerunfreundliche Maßnahme, durch die der Handlungsrahmen nicht wesentlich vergrößert werde. Er beantragt, die Entscheidung so lange zu vertagen, bis eine Stellungnahme des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) eingeholt sei.

Herr Mues erklärt, die CDU-Fraktion schließe sich dem Beschlussvorschlag an. Wie ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes in einem vergleichbaren Fall belege, hätte die Vereinbarung nicht geschlossen werden dürfen. Die Stadt verfüge über keine eigene Tarifzuständigkeit. Haustarifverträge könnten allenfalls über den KAV geschlossen werden, ansonsten seien sie rechtlich nicht wirksam.

Im Übrigen stelle die Vereinbarung einen nicht unerheblichen Eingriff in die Organisationshoheit der Stadt dar.

Herr Lehmann führt aus, der Abschluss der Vereinbarung sei dem KAV bis vor Kurzem nicht bekannt gewesen. Mit der Kündigung werde nicht versucht, Rechte der Beschäftigten zu unterlaufen. Entlassungen seien gleichfalls nicht vorgesehen. Das Verwaltungshandeln dürfe jedoch nicht behindert werden, wenn es unter Umständen beispielsweise erforderlich sei, Statusveränderungen vorzunehmen.

Herr Gierlich ist der Auffassung, da der BAT alle für die Arbeitnehmer erforderlichen Schutzfunktionen enthalte, sei die gesonderte Vereinbarung nicht notwendig. Dennoch werde bewusst gegenüber den Beschäftigten ein falscher Eindruck vermittelt. Die Kündigung erfolge nur aus rechtlichen und nicht aus politischen Gründen.

Herr Walter meint, die Stadt dürfe nicht durch Vereinbarungen der in Rede stehenden Art daran gehindert werden, Privatisierungsvorhaben zu realisieren.

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Löwenberg):**

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung spricht sich dafür aus, vor einer Entscheidung über eine Kündigung der am 28.08.1997 mit der Gewerkschaft ÖTV (jetzt ver.di) - Kreisverwaltung Siegen-Olpe - geschlossenen Vereinbarung über den Schutz der Beschäftigten der Stadt Siegen bei der Einführung neuer Steuerungsmodelle sowie bei Struktur- bzw. Rationalisierungsmaßnahmen zunächst eine Stellungnahme des Kommunalen Arbeitgeberverbandes einzuholen.

**Beratungsergebnis: 6 Stimmen dafür, 7 dagegen (CDU), 0 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Kündigung der am 28.08.1997 mit der Gewerkschaft ÖTV (jetzt ver.di) - Kreisverwaltung Siegen-Olpe - geschlossenen Vereinbarung über den Schutz der Beschäftigten der Stadt Siegen bei der Einführung neuer Steuerungsmodelle sowie bei Struktur- bzw. Rationalisierungsmaßnahmen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 6 dagegen, 0 Enthaltungen**

5. AfPOF 11.06.2001

**10. Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 2001 - 2006 (Fortschreibung)**

Vorlagenr. 1199/01 - Vorlage vom 28.05.2001

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN habe zwar noch nicht abschließend über die Vorlage beraten können, so Herr Löwenberg, er persönlich lehne sie aber ab.

Herr Semper erinnert an die besondere Verantwortung der Kommunen, Ausbildungsplätze anzubieten.

Herr Zips weist auf den neuen Ausbildungsberuf „Veranstaltungskaufmann/-frau“ hin, der künftig auch in den Ausbildungsstellenplan der Stadt aufgenommen werden könnte. Er stellt ein Ausbildungsprofil der IHK zur Verfügung, das der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Fortschreibung des mittelfristigen Ausbildungsstellenplanes für den Zeitraum 2001 bis 2006.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen, 1 Enthaltung (UWG)**

5. AfPOF 11.06.2001

**11. Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge**

Vorlagenr. 1201/01 - Vorlage vom 23.05.2001

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich Gleichstellung v. Frau u. Mann  
Bearbeitet von:

Datum  
31.05.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Personal, Organis. u. Frauengl	11.06.2001
Haupt- und Finanzausschuss	13.06.2001
Rat	27.06.2001

Betreff:

Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung  
Strukturmaßnahmen zur Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen  
Weiterförderung Kommunalstelle Frau und Beruf vom 01.01.2002 - 31.12.2003

### Beschlußvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich einer Förderzusage des Landes NRW, die Weiterförderung der seit Oktober 1990 bestehenden Kommunalstelle Frau und Beruf für die Zeit vom 01.01.2002 bis 31.12.2003 auf der Grundlage der Förderrichtlinien des Landes NRW zur regionalisierten Strukturpolitik.

### Sachverhalt / Begründung:

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich Gleichstellung v. Frau u. Mann  
Bearbeitet von:

Datum  
31.05.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Personal, Organis. u. Frauengl

11.06.2001

Schul- und Bildungsw.

28.06.2001

Betreff:

Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung - Gender-Mainstream-Aspekte  
Praxisbeispiele zur Mädchenförderung - intern und extern

### Beschlußvorschlag:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung und der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nehmen die Berichte zur Ausbildungssituation und Berufswahl von Mädchen und jungen Frauen in Siegen und zum Projekt für mehr Mädchen in IT-Berufen in Siegerner Schulen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich 2/2 Personal  
Bearbeitet von:

Datum  
31.05.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Personal, Organis. u. Frauengl

11.06.2001

Betreff:

Technikunterstützte Informationsverarbeitung bei der Stadtverwaltung Siegen;  
Sachstandsbericht

**Beschlußvorschlag:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Sachverhalt / Begründung:**



## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich 2/2 Personal  
Bearbeitet von:

Datum  
31.05.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Personal, Organis. u. Frauengl	11.06.2001
Haupt- und Finanzausschuss	13.06.2001
Rat	27.06.2001

Betreff:

Neuorganisation der Stadtverwaltung Siegen;  
Zweiter Sachstandsbericht zur Weiterentwicklung des Neuen Steuerungsmodells

**Beschlußvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Weiterentwicklung des Neuen Steuerungsmodells zur Kenntnis.

**Sachverhalt / Begründung:**

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich 2/2 Personal  
Bearbeitet von:

Datum  
31.05.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Personal, Organis. u. Frauengl	11.06.2001
Haupt- und Finanzausschuss	13.06.2001
Rat	27.06.2001

Betreff:

Kündigung der Vereinbarung mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (jetzt ver.di) - Kreisverwaltung Siegen-Olpe - über den Schutz der Beschäftigten der Stadt Siegen bei der Einführung neuer Steuerungsmodelle sowie bei Struktur- bzw. Rationalisierungsmaßnahmen

**Beschlußvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Kündigung der am 28.08.1997 mit der Gewerkschaft ÖTV (jetzt ver.di) - Kreisverwaltung Siegen-Olpe - geschlossenen Vereinbarung über den Schutz der Beschäftigten der Stadt Siegen bei der Einführung neuer Steuerungsmodelle sowie bei Struktur- bzw. Rationalisierungsmaßnahmen.

**Sachverhalt / Begründung:**

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich 2/2 Personal  
Bearbeitet von:

Datum  
31.05.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Personal, Organis. u. Frauengl

11.06.2001

Haupt- und Finanzausschuss

13.06.2001

Rat

27.06.2001

Betreff:

Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 2001 - 2006 (Fortschreibung)

### Beschlußvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Fortschreibung des mittelfristigen Ausbildungsstellenplanes für den Zeitraum 2001 bis 2006.

Sachverhalt / Begründung:

## VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich 2/2 Personal  
Bearbeitet von:

Datum  
31.05.2001

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

**Personal, Organis. u. Frauengl**

**11.06.2001**

Betreff:

Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge

### Beschlußvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zum "Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge - Teilzeit- und Befristungsgesetz" (TzBFG) zur Kenntnis.

**Sachverhalt / Begründung:**